Johannes Varwick: „Auswirkungen von Aufrüstung und Kriegsrhetorik (GIFFON, Graz, 12.12.25)

Der russische Angriffskrieg hat zu berechtigten Sorgen geführt. Wir können **nicht so tun**, als gebe es kein Problem, wenn ein Staat in Europa Grenzen mit militärischer Gewalt verschiebt. Zugleich war dieser Krieg ein **vermeidbarer Krieg** und der derzeitige Alarmismus ist **falsch und gefährlich.**

- Mit **erstaunlicher Eindimensionalität** hat die europäische Sicherheitspolitik Maß und Mitte verlassen. Sicherheitspolitik hat Konjunktur – sie befindet sich jedoch auf einem gefährlichen Irrweg.

Sicherheitspolitik in einer Welt voller Komplexität und Dynamik bedarf eines **umfassenden und vernetzten Ansatzes**. Militärische Mittel sind und bleiben dabei relevant, reichen jedoch nicht hin und sollten mit **großer Bescheidenheit** und nur mit einem klaren politischen Zweck eingesetzt werden.

Die **Bilanz bisheriger Militäreinsätze** wie auch die **eindimensionale Unterstützungsstrategie in der Ukraine** lehrt Bescheidenheit und Zurückhaltung. Es ist keine gute Idee, im politischen Diskurs um Krieg und Frieden von **einem Extrem ins andere** zu verfallen und vermeintliche moralische Prinzipienfestigkeit über **jede realpolitische Vernunft** zu stellen.

- Kurzum: Wer von **Kriegstüchtigkeit** redet, der überzieht. Kriegstüchtigkeit ist eben nicht das

(c) Johannes Varwick

gleiche wie Verteidigungsfähigkeit, auch wenn uns das die Erfinder dieses Begriffes permanent weismachen wollen.

Während **Verteidigungsfähigkeit** die Fähigkeit eines Staates meint, seine territoriale Integrität und politische Souveränität im Falle eines Angriffs wirksam zu schützen, geht **Kriegstüchtigkeit** über dieses Konzept – gewollt oder ungewollt – hinaus.

Kriegstüchtigkeit umfasst neben der reinen Abwehrfähigkeit auch die Vorbereitung auf **aktive, offensive Kriegsführung**. Dazu gehören nicht nur militärische Ressourcen und strategische Planung, sondern auch die gesamtgesellschaftliche Resilienz und Mobilisierungsfähigkeit – etwa in Wirtschaft, Bildung, Infrastruktur und öffentlichem Bewusstsein. Ein kriegstüchtiger Staat ist demnach in der Lage, sich nicht nur zu verteidigen, sondern **auch Kriege zu führen**, militärische Dominanz auszuüben und bei Bedarf präventiv in Konflikte einzugreifen **(Multi Domain Operations).**

1. Aufstieg der Rüstungsindustrie und ihre politische Einhegung

Mit der sogenannten Zeitenwende hat sich auch die Rüstungsindustrie zu einer Schlüsselindustrie entwickelt. Symbol dieser Entwicklung ist der **Börsenwert von Rheinmetall**, dessen Aktie seit 2020 von rund 87 Euro auf etwa **2000** Euro stieg.

Parallel dazu hat sich das Verhältnis zwischen Politik und Rüstungsindustrie intensiviert. Die Politik

(c) Johannes Warwick

verfolgt erklärtermaßen das Ziel, die Branche durch **günstigere Rahmenbedingungen** schneller wachsen zu lassen. In der Öffentlichkeit kursiert bereits der Slogan **„Rüstung statt Autos“,** denn zahlreiche Automobilzulieferer und große Autokonzerne prüfen den Einstieg in die Rüstungsproduktion. Stillgelegte Werke werden umgewidmet, die Mitgliedszahlen des Bundesverbands der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) sind von 70 (2017) auf 340 (2025) gestiegen.

Die öffentliche Wahrnehmung der Branche hat sich ebenfalls gewandelt. Werkseröffnungen werden **politisch gefeiert**, Sponsoring-Deals wie der von Rheinmetall mit **Borussia Dortmund** führen aber auch zu heftigen Debatten.

Die Rüstungsindustrie ist aber keine normale Industrie. Nicht nur, weil Waffen töten, sondern weil sie **strategisch** hochpolitisch ist. Das politische Primat über Rüstungsproduktion, -beschaffung und -exporte wird schwieriger zu sichern, je größer die Branche wird. Bereits heute steigen die **Exportzahlen** stark an: 2024 erteilte Deutschland Einzelgenehmigungen für Rüstungsexporte im Wert von 12,83 Milliarden Euro – ein historischer Höchststand.

Der frühere US-Präsident **Eisenhower** warnte 1961 vor dem **„militärisch-industriellen Komplex“**, dessen zunehmender Einfluss demokratische Entscheidungsprozesse gefährden könne. Seine Mahnung ist heute wieder aktuell.

(c) Johannes Warwick

Eine staatliche **Rüstungsindustriepolitik** muss deshalb die gesamtstaatlichen Interessen im Blick behalten, klare Grenzen setzen, Exportabhängigkeiten vermeiden und das **Primat der Politik** sichern. Doch Zielkonflikte sind unausweichlich: Unternehmen brauchen langfristige Planungssicherheit – gleichzeitig erzeugen **Kapazitätsausweitungen** Druck, mehr zu exportieren oder Waffen real einzusetzen. Ein direkter Anreiz zu Kriegen mag nicht existieren, aber die Möglichkeit, dass Aufrüstung **Konflikte wahrscheinlicher macht**, lässt sich nicht ausräumen.

Der äußere Teil dieser Einhegung ist **zwischenstaatliche Rüstungskontrolle – kaum jemand redet noch darüber.** Wir sollten es tun!

Ihr Ziel ist Transparenz, Vorhersehbarkeit und die Vermeidung von Eskalationsspiralen. Die **UN-Charta nennt in Artikel 26** ausdrücklich das Ziel, möglichst wenig globale Ressourcen für Rüstung aufzuwenden – ein Anspruch, von dem die Welt derzeit weiter entfernt ist als je zuvor.

2024 erreichten die globalen Militärausgaben 2,7 Billionen US-Dollar – ein **historischer Höchststand**. Zentrale europäische Rüstungskontrollverträge existieren nicht mehr: KSE, Offener-Himmel-Vertrag und INF-Vertrag wurden zwischen 2007 und 2021 von den USA oder Russland gekündigt oder suspendiert – also bereits vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine.

Entspannungspolitik umfasst Dialog, Transparenz, Krisenmanagement, Rüstungskontrolle und

(c) Johannes Varwick

schrittweise Kooperation. **Ohne diese Elemente** bleibt Sicherheitspolitik instabil.

2. Warum Pazifismus nicht ausreicht

Angesichts der Risiken von Aufrüstung und der derzeitigen Dominanz militärischer Logik wirkt **Pazifismus** auf den ersten Blick attraktiv. Pazifistische Überlegungen sind eng verknüpft mit **politischen Alternativen zur Gewaltanwendung** wie Diplomatie, Mediation, Sanktionen, Prävention, soziale Verteidigung oder ziviler Ungehorsam. Diese liefern konkrete Alternativen zum Einsatz militärischer Gewalt und es ist **sinnvoll und notwendig**, darüber nachzudenken.

Aufgrund der **Verletzbarkeit moderner Industriestaaten** resultiert aus einer Synergie von Vulnerabilität und vernichtender Waffenwirkung eine **strukturelle Nichtverteidigbarkeit.**

Dieser Gedanke mag zunächst nach Defätismus klingen, aber er hat doch Plausibilität. Denn die militärische Verteidigung moderner Industriestaaten ist in einem **unüberwindbaren Widerspruch** gefangen. Die Verwundbarkeit ist „eine unumgängliche Faktizität: Die Staaten und ihre Gesellschaften sind nur noch unter Friedensbedingungen lebens- und funktionsfähig“. Damit steht „die Sinnhaftigkeit einer militärischen Wehrhaftigkeit, die auf Verteidigung mit Waffengewalt baut, grundsätzlich in Frage“.

Es bedürfte eines „Instrumentariums, das über Krisenprävention und Diplomatie zwischenstaatliche Konflikte entschärft und zur Deeskalation erfolgreich

(c) Johannes Varwick

beiträgt“. Das **„Dilemma der Nichtverteidigbarkeit“** ruft also dazu auf, Krieg unter allen Umständen präventiv zu verhindern.

Dennoch halte ich persönlich Pazifismus **nicht für eine angemessene Antwort** auf die derzeitigen Herausforderungen. Pazifismus lehnt Gewalt grundsätzlich ab – selbst zur Selbstverteidigung. Diese Haltung ist **moralisch respektabel**, doch politisch **schwer praktikabel**. Es kann Situationen geben, in denen militärischer Einsatz notwendig ist, etwa zum Schutz elementarer Menschenrechte oder zur Abwehr von Aggression. Abschreckung kann in diesem Sinne unter bestimmten Bedingungen zur Friedenssicherung beitragen.

- Kritik an pazifistischen Positionen bedeutet nicht, **militarisierte Denkmuster** zu unterstützen. Krieg bleibt das Scheitern von Politik und schafft Radikalisierung. Der Erste Weltkrieg zeigt, wie fatal intellektuelle Kriegsbegeisterung sein kann. Stimmen wie Hermann Hesse warnten früh davor, **„Kaliber-Experten“** das Feld zu überlassen – eine Warnung, die auch heute gilt.

Krieg ist nicht nur das ulti**mative Versagen von Politik**, Krieg ist auch **Quelle für Radikalisierung** auf allen Ebenen.

Selbst wenn der Einsatz militärischer Gewalt zu einem klaren politischen Zweck im Einzelfall ebenso verantwortbar sein kann, wie das Recht auf Selbstverteidigung grundsätzlich legitim ist: Der

(c) Johannes Varwick

„Scheißkrieg“, wie Altkanzler Helmut Schmidt ihn gerne nannte, ist nie **„Vater aller Dinge“** (so der vorsokratische Philosoph Heraklit), sondern **Pate alles Schlechten**.

Wohin das führen kann, ist am Ersten Weltkrieg sichtbar. Nicht nur der deutsche Generalstab, auch die bürgerliche Mitte und die Intellektuellen vertrauten 1914 auf **militärische Lösungen und missachteten die Diplomatie**. Max Liebermann, Gerhart Hauptmann, Max Planck und später auch Thomas Mann bejahten die Kriegspolitik – mit womöglich besten Intentionen. Im September 1914 hatten rund 100 deutsche Intellektuelle einen **„Aufruf an die Kulturwelt“** unterzeichnet, in dem die Einheit von Kultur und Militär postuliert wurde.

Allein **Hermann Hesse** wies diese Kriegsrhetorik scharf zurück. In einem fulminanten Essay in der Neuen Zürcher Zeitung vom November 1914 mit dem Titel **„O Freunde, nicht diese Töne!“** argumentierte er, dass nicht der Krieg, sondern dessen Überwindung „nach wie vor unser edelstes Ziel“ sein müsse. Dafür gelte es, „Wege zu suchen, aber nicht mit dreinzuhauen (mit der Feder!) und die Fundamente für die Zukunft Europas noch mehr zu erschüttern“.

„Kaliber-Experten“, die „mit Ausgelassenheit und wachsendem Ehrgeiz immer neue Waffenlieferungen fordern“, nannte Bundespräsident Steinmeier diese Spezies mit Blick auf den **Ukrainekrieg**. Es ist bezeichnend, dass Steinmeier angesichts einer Empörungswelle später erklären ließ, er selbst habe sich über seine Formulierung geärgert.

(c) Johannes Varwick

3. Frieden als realpolitische Aufgabe

Sicherheitspolitik darf sich nicht allein auf Militärisches konzentrieren. Vor jedem Einsatz müssen politische Zweck, realistisches Ziel und geeignete Mittel bestimmt werden. Diese Logik von Clausewitz wird heute teilweise umgedeutet: Krieg wird zunehmend als **„Verteidigung unserer Werte“** verstanden – ein **gefährlicher Irrweg**.

Sicherheitspolitik muss stets **nüchtern** Chancen und Risiken bewerten. Eine zentrale Richtungsfrage lautet: Soll Außenpolitik primär **werteorientiert** sein oder **pragmatisch-interessenorientiert**? Ein reiner Wertefundamentalismus führt außenpolitisch in die Handlungsunfähigkeit. Internationale Politik ist das **Austarieren von Interessen**, und dafür braucht es Dialog – auch mit Staaten, deren Werte wir nicht teilen.

Europa sollte daher eine **realistische und ausgewogene Sicherheitspolitik** betreiben, die Verteidigungsfähigkeit, Diplomatie, Rüstungskontrolle und Interessenpolitik miteinander verbindet. Dazu gehören auch europäische Verantwortung, Verlässlichkeit und die **Fähigkeit zum Interessenausgleich**.

- Stark für den Frieden zu sein bedeutet, Sicherheitspolitik in einer gefährlichen und instabilen Welt als **ganzheitlichen Ansatz** zu verstehen: Ziel ist es, Kriege zu verhindern, politische Selbstbestimmung bestmöglich zu sichern und

(c) Johannes Varwick

mit **Bedacht und Nüchternheit** auf vielfältige Gefahren zu reagieren.

Die Mehrzahl der Sicherheitsprobleme ist **nicht-militärischer Natu**r und verlangt daher nicht-militärische Antworten. Ökologische und entwicklungspolitische Fragen sollten angesichts hoher Dringlichkeit eine **radikale Priorisierung** erfahren.

Militäreinsätze zur internationalen Friedenssicherung können im **Einzelfall** erforderlich sein und sollten unter einem klaren völkerrechtlichen Mandat grundsätzlich auch möglich sein. Zugleich sind die bisherigen Versuche zur militärischen Friedenserzwingung **ernüchternd** und sollten daher nur im klar definierten Ausnahmefall erwogen werden.

Eine verteidigungsfähige Bundeswehr und eine handlungsfähige europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind angesichts der Rückkehr des Themas Landes- und Bündnisverteidigung unbestritten notwendig und kosten auch Geld.

Dabei darf es jedoch weder zu **alarmistischer Dramatisierung** von Bedrohungen noch zu **sicherheitspolitischer Naivität** kommen. Eine massive Verschuldung für unangemessene Aufrüstung löst die realen Sicherheitsprobleme nicht.

Rationale Sicherheitspolitik erfordert gezielte Investitionen in eine **defensive Ausstattung** der Streitkräfte – mit abschreckender Wirkung, aber **ohne das Sicherheitsdilemma** weiter zu verschärfen.

(c) Johannes Varwick

Zentrale Voraussetzung dafür ist eine möglichst abgestimmte europäische Strategie und die Re-Fokussierung auf **Interessenausgleich, Diplomatie, Vertrauensbildende Maßnahmen und Rüstungskontrolle**.

Der Begriff „Kriegstüchtigkeit“ und das dahinterstehende Konzept beansprucht **unverhältnismäßige Ressourcen**, militarisiert Politik und Gesellschaft, basiert auf keiner seriösen Bedrohungsanalyse und trägt nichts zur Lösung der Probleme bei.

- Die europäische Sicherheitspolitik sollte weder von den **Kriegsertüchtigern** noch den **Wertefundamentalisten** geprägt werden.
- Es ist zugleich schlichtweg unklug, den **Begriff des „Friedens“** nur Fundamentalkritikern und Pazifisten zu überlassen. Es sollte vielmehr darum gehen, Verteidigungsfähigkeit und wirksame Abschreckung mit **Friedensfähigkeit** zu verbinden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(c) Johannes Varwick